

Rede von Kreszentia Flauger MdL zum Thema:

Abgabe einer Regierungserklärung "Niedersachsen 2020 - Große Herausforderungen für unser Land in schwieriger Zeit" - Unterrichtung - Drs. 16/2418

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Wulff - er ist leider nicht mehr da -, in Ihrer Regierungserklärung war viel Eigenlob enthalten - das hatten wir erwartet - und wenig Konkretes - das hatten wir befürchtet. Diese Struktur hat sich auch durch die Redebeiträge der Vertreter der die Regierung tragenden Fraktionen durchgezogen. Herr Wulff hat uns mitgeteilt, dass Herr Althusmann als Kultusminister die Schulstruktur weiterentwickeln soll. Er hat uns aber nicht gesagt, was er damit genau meint. Ich will Ihnen sagen, was die Linke meint: Es ist unmenschlich und grausam, neun- und zehnjährige Kinder mit einem massiven Leistungsdruck zu belasten, nur weil Sie in Ihrer ideologischen Verblendung daran festhalten, ihre Berufschancen schon nach dem vierten Schuljahr festzulegen.

(Beifall bei der LINKEN und Zustimmung von Helge Limburg [GRÜNE])

Deswegen gibt es viele Kinder, die auch mit noch so viel Fleiß, der hier zitiert worden ist, längst nicht mehr alles werden können, wie es hier vom-Tellerwäscher-zum-Millionär-mäßig angesprochen wurde. Manche Hauptschüler antworten deshalb ganz folgerichtig auf die Frage, was sie denn einmal werden wollen: Hartz IV.

Geben Sie den Kindern endlich die Chance auf gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse, wie es die Linke schon lange fordert und wie es sich in vielen anderen Ländern schon lange bewährt hat! Kinder dürfen nicht durch ihre soziale Herkunft verurteilt sein, die Armut der Eltern zu erben. Als Linke fordern wir Lernmittelfreiheit und ein pädagogisch hochwertiges Ganztagsangebot in integrierten Gesamtschulen.

Das wäre ein echter Beitrag für Chancengleichheit und Integration.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Forderung nach einem gebührenfreien Studium im Landtagswahlprogramm 2009 der CDU in Brandenburg ist hier schon von Herrn Jüttner angesprochen worden. Natürlich stellt sich die Frage - dazu wird sich die CDU hier auch positionieren müssen -, ob für die CDU in Niedersachsen wirklich falsch sein kann, was für die CDU in Brandenburg richtig ist. Das wird schon ein spannendes Thema werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Machen Sie das Studium endlich gebührenfrei, wie es die Linke fordert! Damit erleichtern Sie ärmeren Studierwilligen den Zugang und reduzieren auch die oft geldbedingten Studienabbrüche.

Die Ernennung von Frau Grotelüschchen zur Agrarministerin lässt uns nun natürlich Lobbypolitik pur und noch mehr Massentierhaltung befürchten. Das ist nicht unser Weg. Die Linke fordert, die nicht artgerechte Massentierhaltung sowie jede andere quälerische Nutztierhaltung und antibiotikahaltige Masthilfen zu verbieten.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen artgerechte Tierhaltung und nachhaltigere, regional orientierte Landwirtschaft. Darum fordern wir eine enge Zusammenarbeit zwischen einem neu ausgerichteten Landwirtschaftsministerium und dem Umweltministerium. Dies wiederum setzt natürlich auch eine weitsichtige Umweltpolitik voraus, die wir seit 2003 hier in Niedersachsen allerdings vergeblich suchen.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt wollen Sie immerhin im Windkraftbereich ein Repowering, also das Ersetzen älterer Windkraftanlagen durch neuere und leistungsfähigere. Dies halten wir für gut und richtig. Deshalb hatten wir im letzten Jahr hier einen entsprechenden Antrag eingebracht, zu dem Sie sich allerdings noch sehr spröde gezeigt haben. Nun aber sehen wir: Links wirkt. Sie setzen unsere Forderung um. Das ist auch gut so.

(Beifall bei der LINKEN)

Gar nicht gut dagegen ist, dass Sie sich zum Thema Atomausstieg überhaupt nicht geäußert haben. Haben Sie aus dem Asse-Desaster und dem Gorleben-Streit immer noch nicht gelernt, Herr Wulff, dass von diesem Atomdreck nicht noch mehr produziert werden darf?

(Beifall bei der LINKEN)

Wir Linke fordern den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie statt Ihrer Laufzeitverlängerung - ein Thema, das Sie hier feige umgangen haben. Bei entsprechendem ernsthaften Willen sollte der Ausstieg innerhalb weniger Jahre möglich sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Dieser Ausstieg ist auch eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Umstellung auf erneuerbare Energien. Laufzeitverlängerungen für AKW blockieren das nur. Herr Jüttner hat das hier dargelegt. Wenn Sie hier etwas anderes behaupten, dann tun Sie dies wider besseres Wissen und in völliger Verantwortungslosigkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Sie hier behaupten, ein Ausstieg aus der Atomenergie ließe hier das Licht ausgehen und würde zu einer Versorgungslücke führen, dann tun Sie auch dies wider besseres Wissen in völliger Verantwortungslosigkeit und spielen Sie mit den Ängsten der Menschen.

(Beifall bei der LINKEN - Gabriela König [FDP]: Nein, das machen Sie!)

Herr Wulff hat gesagt, er finde es eigentlich selbstverständlich, jemanden mit Migrationshintergrund zur Ministerin in Niedersachsen zu machen. Nun ist er leider nicht da; aber ich stelle mir vor, dass er enttäuscht gewesen sein muss, als er festgestellt hat, dass er seine Partei da deutlich überschätzt hatte.

(David McAllister [CDU]: Wat, wat, wat?)

Gucken wir uns einmal an, was eigentlich von der von Herrn McAllister angesprochenen Weltoffenheit und Toleranz der CDU zu halten ist.

(David McAllister [CDU]: Da bin ich ja mal gespannt!)

Kaum, dass Frau Özkan ausspricht, was das Bundesverfassungsgericht schon 1995 ausgeurteilt hat, nämlich dass Kruzifixe nicht in staatliche Schulen gehören, ging bei diesem erstbesten Anlass ein Aufschrei der Empörung durch die CDU: Die Schülerunion fordert, dass sie gar nicht erst vereidigt wird, der Sprecher des Arbeitskreises engagierter Katholiken erklärt das Experiment für gescheitert, Wulff und Merkel distanzieren sich, Herr Große

Macke erklärt, mit einer solchen Äußerung sei Frau Özkan für ihn nicht wählbar, und Herr Bley sieht das ähnlich, sodass Herr Wulff sich dann genötigt sah, bei Frau Özkan „nachzujustieren“, wie er es genannt hat. - Frau Özkan, ich könnte mir vorstellen, dass auch Sie enttäuscht waren.

Nun sehe ich mir ja hier seit fast zweieinhalb Jahren die niedersächsische CDU-Fraktion an,

(David McAllister [CDU]: Wir sind sexy!)

und ich muss sagen: Ich war nicht überrascht. Ich erinnere an eine Debatte hier im Hause im Januar 2009. Nachdem mehrere Oppositionsabgeordnete darauf hingewiesen hatten, dass Herr McAllister eine doppelte Staatsbürgerschaft hat, und fragten, warum dieses Recht nicht auch für andere gelten solle, führte Herr Biallas hier aus:

„Herr McAllister heißt McAllister, weil er einen schottischen Vater hat. Deswegen ist er britischer Staatsbürger und deutscher Staatsbürger. Von Ihnen wird ja wohl niemand behaupten wollen, dass Herr McAllister in der Türkei geboren ist. Das ist der Unterschied zwischen Herrn McAllister und dem Sachverhalt, um den es hier geht.“

So sieht es in der CDU aus! - Frau Özkan, da haben Sie noch viel zu tun!

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN - Norbert Böhlke [CDU]: Wo ist denn McAllister geboren?)

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, es reicht eben nicht, sich als Partei symbolisch die Maske einer Ministerin mit türkischem Migrationshintergrund aufzusetzen, wenn damit nur die hässliche Fratze

(Norbert Böhlke [CDU]: Jetzt ist aber gut!)

einer zutiefst rückständigen und diskriminierenden Partei verdeckt wird.

(Beifall bei der LINKEN - Norbert Böhlke [CDU]: Was erzählen Sie denn da? Das nimmt Ihnen doch keiner ab! Das ist eine Unverschämtheit!)

Die Linke jedenfalls meint es mit der Integration von Migrantinnen und Migranten ernst und hat dazu klare Forderungen. Ich will hier nur drei davon aufführen: die Auflösung der gettoisierenden und diskriminierenden Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerberinnen und Asylbewerber, die doppelte Staatsbürgerschaft und das kommunale Wahlrecht für alle, die hier leben.

Sie haben hier über Sicherheit und Aufklärungsquoten gesprochen und gesagt, dass man 2020 unter Sicherheit auch soziale Sicherheit verstehen werde. Sie liegen voll daneben, wenn Sie meinen, das sei erst 2020 so. Ich glaube Ihnen allerdings sofort, dass Sie noch zehn Jahre brauchen, um das zu begreifen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Menschen wollen auch heute schon soziale Sicherheit, Herr Wulff. Aber Sie tun nichts dafür. Im Gegenteil. Bis tief in die Mitte der Gesellschaft hinein haben Menschen in Deutschland und in Niedersachsen Angst: Angst vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes, Angst, in das menschenunwürdige Hartz IV zu fallen, (Norbert Böhlke [CDU]: Weil Sie das schüren!)

das alle Bundestagsparteien außer der Linken beschlossen haben, Angst vor dem Zwang, mies bezahlte, befristete Arbeitsplätze annehmen zu müssen und nicht wieder in reguläre Beschäftigung zu kommen, Angst, sehr bald oder spätestens im Alter arm zu sein.

(Norbert Böhlke [CDU]: Wir wollen Probleme lösen!)

All das betrifft große Teile der Bevölkerung, insbesondere die Mitte, die Sie angeblich vertreten. Herr Wulff, Sie müssen doch endlich einmal begreifen - er ist nun leider nicht da -, dass Menschen schon lange ein Sicherheitsbedürfnis haben, das über Schünemannsche Sicherheitsbegriffe weit hinausgeht. Die Menschen wollen ihr Leben planen können. Sie wollen Kinder haben können, ohne dass schon dies ein Armutrisiko ist. Nehmen Sie das doch einmal zur Kenntnis, wenn Sie hier den demografischen Wandel beklagen, ohne irgendeinen Lösungsansatz zu haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Menschen wollen sich nicht krank zur Arbeit schleppen, weil sie Angst vor Kündigung haben müssen. Sie wollen anständige, gut bezahlte Arbeit, von der sie leben können. Sie wollen ihr örtliches und soziales Umfeld aufbauen und behalten und nicht arbeitsbedingt umziehen müssen, gerade Niedersachsen und Niedersächsinen, von denen wir ja wissen, dass sie sturmfest, aber auch erdverwachsen sind.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Die Menschen wollen das Gefühl haben, ein Zuhause, eine Heimat zu haben, wo sie sich aufgehoben fühlen. Sie wollen nicht in Angst leben. Wo, Herr Wulff, ist Ihr Anteil, diese zutiefst menschlichen Bedürfnisse zu erfüllen? Wann schließen Sie sich der Forderung der Linken nach einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn als untere Schranke an? Wann denken Sie über die von den Linken geforderte Arbeitszeitverkürzung nach, damit nicht Millionen arbeitslos sind und andere sich krank arbeiten, statt vom Produktionsfortschritt zu profitieren?

(Beifall bei der LINKEN)

Wann begreifen Sie, dass Verlängerung der Lebensarbeitszeit durch Rente mit 67 oder G8, parlamentarisch ausgedrückt, extrem unklug ist? Herr Wulff, es muss Ihnen doch peinlich sein, sich hier vorne hinzustellen und angesichts Millionen Arbeitsloser zu rechtfertigen, dass Schulabgänger früher in den Arbeitsmarkt gehen müssen und ihnen mit G8 ihre Jugend geraubt wird.

Zum Glück - - -

(Reinhold Coenen [CDU]: Zum Glück regiert die CDU!)

Wann endlich sorgen Sie für die von den Linken geforderte Abschaffung von Hartz IV oder mit einer Abschaffung der verfassungsrechtlich fragwürdigen Hartz IV-Sanktionen zumindest für ein Weniger an Angst? Kommen Sie mir jetzt nicht mit anstrengungslosem Wohlstand und spätrömischer Dekadenz!

Sie werden all dieses Notwendige leider nicht tun. Aber es gibt für diejenigen, die ihr ganz natürliches menschliches Bedürfnis nach sozialer Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit politisch vertreten wissen wollen, zum Glück eine Alternative: die Linke. Sie wird sich - auch wenn Herr McAllister hier aus-geführt hat, Widerstand sei zwecklos -

(Zustimmung bei der CDU)

nicht von marktradikalen menschenverachtenden Parolen assimilieren lassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Wulff, Ihre warmen Worte und das Pathos in Ihrer Rede können über die Eiseskälte Ihrer Politik nicht hinwegtäuschen.

(Reinhold Coenen [CDU]: Ach, hör auf!)

Schließlich weiß jeder mit einem Intelligenzquotienten über der Raumtemperatur, dass eine Schwalbe noch keinen Sommer macht und vier neue Minister noch keine menschliche Politik machen, schon gar nicht bei der CDU und der FDP.

(Starker Beifall bei der LINKEN)